



Resolute Support: Der politische Prozess hat Priorität

Die derzeitige Situation in Afghanistan steht stark unter dem Eindruck eines möglichen Abzugs des NATO-Bündnispartners USA bis Ende April 2021 und der innerafghanischen Friedensverhandlungen. Die deutsche Beteiligung an der *Resolute Support Mission* sollte fortgeführt, deren Beendigung an konkrete Benchmarks geknüpft und der politische Friedensprozess sowie die gewählte afghanische Regierung weiterhin aktiv unterstützt werden. Es gilt unbedingt, einen verfrühten Abzug zu vermeiden, um Errungenschaften nicht zu gefährden und keine Sicherheitsrisiken zu erzeugen.

Hintergrund

Die *Resolute Support Mission* (RSM) ist ein NATO-geführter Einsatz zur Ausbildung, Unterstützung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte, um diese in die Lage zu versetzen, selbständig die Sicherheitsverantwortung für ihr Land zu übernehmen. Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Islamischen Republik Afghanistan ist das Abkommen „[Enduring Partnership](#)“ aus dem Jahr 2010. Ende 2014 beschloss die NATO die RSM, gestützt durch die einstimmig vom UN-Sicherheitsrat verabschiedete [Resolution 2189 \(2014\)](#). Bei ihrem [Gipfel in Brüssel im Juli 2018](#) bekräftigte die NATO ihre Entschlossenheit, langfristige Sicherheit und Stabilität in Afghanistan zu gewährleisten.

Seit 2018 verhandelten die USA ohne Einbeziehung der afghanischen Regierung mit den Taliban über ein Abkommen, das die Bedingungen des Abzugs festlegen sollte. Zum Abschluss eines [Abkommens](#) kam es dann am 29. Februar 2020. Es ist von den USA und den Taliban unterzeichnet worden und sieht den vollständigen Abzug internationaler Truppen aus Afghanistan bis zum 30. April 2021 vor. Dies umfasst auch nicht-diplomatisches ziviles Personal, private Dienstleistende (*contractors*), Auszubildende, Beratende und unterstützendes Dienstleistungspersonal.

Der Abzug ist an folgende Bedingungen geknüpft: keine Bedrohung der USA oder ihrer Alliierten ausgehend von afghanischem Boden durch die Taliban, keine Gastgeberrolle für eventuelle weitere terroristische Gruppierungen seitens der Taliban sowie Beginn innerafghanischer Friedensverhandlungen.

Die größten Defizite des Abkommens liegen darin, dass die afghanische Regierung und Bevölkerung an den Verhandlungen nicht beteiligt wurden und die Tatsache, dass nur auf die Sicherheit der USA und ihrer Alliierten abgehoben wurde. Ein innerafghanischer Waffenstillstand wurde nicht vereinbart; Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Menschenrechte spielen in dem Abkommen keine Rolle.

Bei den im September 2020 in Doha/Katar begonnenen innerafghanischen Friedensverhandlungen zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban nehmen jeweils 21 Gesandte beider Seiten teil. Im Verhandlungsteam der Regierung befinden sich vier Frauen. Ziel ist eine Übereinkunft über die zukünftige politische Entwicklung des Landes (*political roadmap*).

Die zweite, schleppend verlaufende Runde der Verhandlungen startete im Januar dieses Jahres. Im Raum steht die Frage, ob die neue Biden-Administration ihre Truppen in Anbetracht der Sicherheitslage tatsächlich abziehen wird: Die Taliban, ohne dass sie sich dazu bekennen würden, greifen afghanische Sicherheitskräfte und die Zivilgesellschaft immer wieder tödlich an (siehe den [Sonderbericht](#) der *UN Assistance Mission for Afghanistan* (UNAMA)). Die NATO hat wegen der ausstehenden US-Entscheidung auf ihrem Treffen der Verteidigungsminister:innen im Februar noch keine Abzugsentscheidung gefällt.

Mandat, Operationsweise und deutsche Beteiligung

Die RSM trainiert, berät und unterstützt (*train, advise, assist*) die afghanischen Sicherheitskräfte vorrangig auf der ministeriellen und der national-institutionellen Ebene zur Umsetzung der „Afghan National Defence and Security Forces Roadmap“.

Neben den NATO-Mitgliedsstaaten beteiligen sich noch weitere Nationen als sogenannte *operational partners* an dem Einsatz. Die RSM operiert mit einem Hauptstützpunkt als „Nabe“ (*hub*) in der Region

Kabul/Bagram und vier „Speichen“ (*spokes*) in Mazar-e Sharif im Norden, Herat im Westen, Kandahar im Süden und Laghman im Osten. Derzeit beteiligen sich 36 truppenstellende Nationen an dem Einsatz mit einer Gesamttruppenstärke von 9.592 Soldat:innen ([Stand: Februar 2021](#)), wobei der Beitrag der USA nur noch 2.500 Militärs beträgt.

Deutschland beteiligt sich seit dem 1. Januar 2015 an der RSM und übernimmt als Rahmennation in Mazar-e Sharif eine besondere Verantwortung. Die Bundeswehr ist derzeit mit einem Einsatzkontingent von 1.105 Soldat:innen vertreten ([Stand: 1. Februar 2021](#)). Der Deutsche Bundestag hat auf Antrag der Bundesregierung am 13. März 2020 die Verlängerung des [Mandats](#) bis zum 31. März 2021 beschlossen. Nun steht eine Mandatsverlängerung bis zum 31.01.2022 an.

Die afghanischen Sicherheitskräfte, zu großen Teilen abhängig von internationalen Finanzhilfen, haben laut [Bericht](#) des *Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction* (SIGAR) an den US-Kongress vom Januar 2021 eine Stärke von gut 305.000 Soldaten und Polizisten, darunter nur zwei Prozent Frauen. Die Sicherheitskräfte sind nach wie vor nicht in der Lage, flächendeckend für Sicherheit zu sorgen. Auch ihre derzeitige Wirkung könnten sie ohne internationale Unterstützung nicht mehr als wenige Monate durchhalten.

Ausblick

Zentral ist und bleibt der politische Prozess. Die afghanische Regierung unter Ashraf Ghani wurde demokratisch gewählt. Ihr gilt die internationale Unterstützung mit dem Ziel der Stabilisierung des Landes und Verhinderung des Entstehens von Rückzugsgebieten für Terroristen auf afghanischem Gebiet.

Die innerafghanischen Friedensverhandlungen stehen erst am Anfang. Sie werden voraussichtlich mehrere, wenn nicht viele Jahre dauern. Die Anschläge gegen afghanische Sicherheitskräfte und die Zivilbevölkerung schwächen die Verhandlungsposition der Zentralregierung, schüchtern die Menschen massiv ein und lassen die Anzahl der Flüchtenden stark ansteigen.

Neben den beiden Konfliktparteien, also der afghanischen Regierung und den Taliban, vertreten viele Mächte wie Pakistan, China, Russland, die Golfstaaten, Indien und Iran massiv ihre Interessen, so dass ein neuer Stellvertreterkrieg droht.

Der Abzug der Truppen bzw. die Beendigung des Mandats für die RSM muss an Stabilität und das Erreichen von Benchmarks geknüpft werden, um die afghanischen Sicherheitskräfte in die Lage zu versetzen, selbst für Sicherheit zu sorgen. So sollten die NATO und die USA klar machen, dass eine deutliche Reduktion der gezielten Gewalt gegen Vertreter:innen der Zivilgesellschaft erfolgen muss.

Ein verfrühter Abzug bzw. eine Nicht-Verlängerung des Mandats ohne politisch fundierte Exit-Strategie könnte dazu führen, dass terroristische Bedrohungen anhalten oder sogar zunehmen. Insgesamt wären die signifikanten deutschen und internationalen finanziellen, politischen und menschlichen Investitionen dann keinesfalls nachhaltig gewesen.

Deutschland und seine NATO-Partner sollten ihr Engagement fortsetzen, um erzielte Fortschritte nicht zu gefährden.